

Herrn Oberbürgermeister

Daniel Bullinger

Rathaus

74523 Schwäbisch Hall

## Interfraktioneller Antrag von FWV, SPD und CDU

### Antrag zur Haushaltskonsolidierung durch einen sofortigen Einstellungsstopp im Verwaltungsbereich

Sonntag, 7. Dezember 2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Bullinger, sehr geehrte Damen und Herren,

1. Zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung wird mit sofortiger Wirkung ein Einstellungsstopp für alle Stellen im Verwaltungsbereich der Gemeinde verhängt.
2. Ausgenommen von diesem Einstellungsstopp sind ausschließlich folgende Bereiche:
  - Frühkindliche Bildung (insbesondere Kindertagesbetreuung, Kindergärten sowie notwendiges pädagogisches Fachpersonal)
  - Schulsozialarbeit
  - Hoch- und Tiefbau (insbesondere zur Sicherstellung laufender oder gesetzlich vorgeschriebener baulicher Maßnahmen sowie zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur)
3. Bereits laufende oder gesetzlich verpflichtende Stellenbesetzungsverfahren können abgeschlossen werden, sofern sie unter die genannten Ausnahmen fallen oder zuvor vom Gemeinderat genehmigt wurden.
4. Stellenneu- und -wiederbesetzungen unterjährig sind dann auch zwingender Bestandteil der Beratungen in der Haushaltsstrukturkommission.
5. In dieser müssen dann auch grundsätzliche Personalstrukturen diskutiert werden aufgrund der Bedeutung der Personalkosten für den Gesamthaushalt.
6. Der Antrag zielt auch auf einen Stopp von Schaffung neuer Stellen im Overhead-Bereich der Bürgermeister, auch wenn diese teilweise erst mal in der Verfügung des Oberbürgermeisters lägen. Hier erwarten wir insbesondere von der Verwaltungsspitze einen klaren Sparwillen.
7. Der Einstellungsstopp gilt bis zur erneuten Beratung im Rahmen der nächsten Haushaltsplanung oder bis zu einem gegenteiligen Beschluss des Gemeinderats.

## Begründung

Angesichts der angespannten Haushaltslage der Gemeinde sind Maßnahmen zur Ausgabenkontrolle und Konsolidierung erforderlich. Ein pauschaler und sofortiger Einstellungsstopp stellt ein geeignetes Instrument dar, um kurzfristig die Personalkosten zu begrenzen, die den größten Ausgabenblock des Verwaltungshaushalts darstellen. Die oben genannten Bereiche werden bewusst ausgenommen, da sie zur Aufrechterhaltung zentraler kommunaler Aufgaben erforderlich sind:

- Frühkindliche Bildung gewährleistet gesetzliche Betreuungsansprüche und ist entscheidend für die Bildungsbiografien der Kinder.
- Schulsozialarbeit stellt eine unverzichtbare Unterstützungsstruktur für Kinder und Jugendliche dar, insbesondere angesichts steigender sozialer Herausforderungen.
- Hoch- und Tiefbau ist notwendig, um bestehende Infrastruktur zu erhalten, gesetzliche Vorgaben (z. B. Verkehrssicherheit, Brandschutz, Abwasser) zu erfüllen und laufende Projekte nicht zu gefährden.

Durch die gezielte Begrenzung neuer Stellen sollen Einsparpotenziale realisiert werden, ohne die Funktionsfähigkeit zentraler kommunaler Aufgabenbereiche zu beeinträchtigen.

Für die einreichenden Fraktionen

Lena Baumann, SPD

Michael Reber, FWV

Frank N. Walter, CDU